



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestags

Pressemitteilung

Michael Schrodi, MdB, Florian Hartmann und Harald Dirlenbach fordern gemeinsam einen Rettungsschirm für die bayerischen Kommunen

Olching, 21.04.2020

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142 501 0589

Fax: +49 8142 501 3962

michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Otto-Wels-Haus

Raum 5.027

Telefon: +49 30 227-77541

Fax: +49 30 227-70541

michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Von der Corona-Krise sind nicht nur Unternehmen, sondern insbesondere auch die Städte und Gemeinden in Bayern stark betroffen und müssen sich auf erhebliche finanzielle Verwerfungen einstellen. So ist bei den Gewerbesteuereinnahmen von Einbrüchen von bis zu 50 Prozent auszugehen. Deshalb fordern der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi, der Oberbürgermeister von Dachau, Florian Hartmann, und Harald Dirlenbach, Bürgermeister von Vierkirchen, einen kommunalen Rettungsschirm auch in Bayern.

Die Corona-Krise trifft die Kommunen in mehrfacher Hinsicht hart. Auf der einen Seite fallen Einnahmen aus Einkommens- und Gewerbesteuer aus, auf der anderen Seite haben Sie finanzielle Mehrbelastungen zu tragen. Dies können viele Kommunen nicht alleine schultern.

„Ich habe schon lange vor der Corona-Pandemie eine Neuregelung bei der Finanzierung von Kommunen gefordert. Wir bekommen vom Staat immer mehr Aufgaben, aber keine zusätzlichen Finanzmittel. Jetzt kommt es mit Corona für die Kommunen noch schlimmer. Wie stark die Steuereinnahmen coronabedingt einbrechen werden, ist noch gar nicht absehbar. Aber fest steht: Ohne staatliche Hilfen wird wohl keine Kommune auskommen“, erläutert Florian Hartmann als Oberbürgermeister von Dachau die derzeitige Situation. "Die Übernahme der Kita-Gebühren durch den Freistaat für drei Monate kann nur ein erster richtiger Schritt sein. Für die Kommunen bleibt dennoch ein riesiges Finanzierungsloch.“

Harald Dirlenbach, Bürgermeister von Vierkirchen, sieht sich in einer ähnlichen Lage: "Die Kinderbetreuung frisst uns in Normalzeiten schon ein riesiges Loch in den Haushalt. Anstehende Erhöhungen von KiTa -Gebühren sind in dieser Zeit schwer vermittelbar. Somit ist die Zusage der dreimonatigen Übernahme zwar ein gutes Signal, letztlich ein

Tropfen auf dem heißen Stein." Und er ergänzt: "Ohne staatliche Hilfen werden Bayerns Kommunen nicht auskommen. Wir rechnen mit deutlichen Einbrüchen von mehr als 50 Prozent - über 2 Mio. Euro - in den Gewerbesteuereinnahmen. Dazu kommen nicht absehbare Einbrüche im Einkommensteueraufkommen. Leider bleiben die Ausgaben auch in den kommenden zwei Jahren hoch, da z.B. die Kreisumlage auf die guten Einnahmen der vergangenen Jahre bemessen wird." Sein Fazit: "Ohne Sonderzuwendungen für Kommunen schaffen es selbst finanzstarke Gemeinden wie Vierkirchen nicht, die Verluste aus eigener Kraft abzufangen.

Michael Schrodi, MdB, finanzpolitischer Sprecher der Landesgruppe Bayern: „Die Kommunen dürfen jetzt nicht alleine gelassen werden. Wir brauchen dringend einen Rettungsschirm für die Städte und Gemeinden. Hier muss der Freistaat Bayern seiner Verantwortung nachkommen.“ Ein Element dabei kann eine Unterstützung von 100€ pro Einwohner sein und die uneingeschränkte Fortsetzung sämtlicher Förderprogramme des Freistaats. Andernfalls sind die Kommunen gezwungen, bei dringend notwendigen Investitionen oder den sog. freiwilligen Leistungen zu kürzen. „Die Modernisierung von Schulen, der Ausbau von Kitas, mehr bezahlbarer Wohnraum oder die Anstrengungen beim Klimaschutz müssen und dürfen nicht der Corona-Pandemie zum Opfer fallen. Die Kommunen brauchen Planungssicherheit!“, mahnt Michael Schrodi ein schnelles Handeln an.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hatte bereits vor einigen Wochen in der Debatte über überschuldete Kommunen Vorschläge für ein kommunales Entschuldungsprogramm gemeinsam mit den Ländern gemacht. Zuständig für die Kommunalfinzen sind jedoch die Länder. Der Freistaat Bayern ist also nun gefragt, einen groß angelegten Rettungsschirm für die Kommunen aufzuspannen.